

Frauen im erweiterten Europa

Tagung vom 18.-19. November 2005 in Frankfurt/M.

Diana Auth

Auf der Gründungsveranstaltung der Stiftung „Frauen in Europa“, zu der die bundesweite sowie die hessische Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) geladen hatten, wurde über Stand und Zukunftsperspektiven der Gleichstellung in den neuen Beitrittsländern der EU diskutiert. Die private Stiftung verfolgt den Zweck, Forschung über die Beteiligung von Frauen im zivilgesellschaftlichen Prozess der Einigung Europas zu fördern, erläuterte Stiftungsgründerin *Mechthild Veil*. Durch die Finanzierung von Veranstaltungen und Forschungsprojekten sowie die Vergabe von Stipendien unterstützt die Stiftung insbesondere international vergleichende Forschungsansätze und Projekte. *Birgit Laubach* (HBS) berichtete, wie die HBS den bisherigen Transformationsprozess in den mittel- und osteuropäischen (MOE)-Staaten, z.B. durch Bürogründungen in vielen osteuropäischen Städten, begleitet habe. Im Mittelpunkt stünden Fragen der Öffentlichkeit und politischen Partizipation, des Alltagslebens von Frauen sowie sich wandelnder Selbst- und Fremdbilder von Frauen und Müttern, führte *Margret Krannich* (HBS Hessen) einleitend aus. Um über das Verhältnis wieder erstarkender traditioneller Leitbilder einerseits und der gestaltenden Präsenz von Frauen und deren Vernetzung andererseits zu diskutieren, waren Aktivistinnen aus Frauenprojekten und Wissenschaftlerinnen aus verschiedenen Ländern eingeladen.

Im ersten länderübergreifenden Block stand die politische und zivilgesellschaftliche Partizipation im Mittelpunkt. *Gesine Fuchs* (Universität Basel) berichtete, dass die Beteiligung von Frauen in Parteien, Parlamenten und Regierungen deutlich unter dem EU 15-Durchschnitt liege, was v.a. durch die politische Kultur verursacht sei. *Dunja Melcic* (Publizistin, Frankfurt/M.) beschäftigte sich mit der Partizipation von Frauen in Kroatien. Nach der patriarchal-paternalistischen Frauenpolitik im Sozialismus gäbe es

heute zwar infolge der Politisierung von Frauen gleichstellungspolitische Gesetze, doch sie würden oftmals nicht eingehalten.

Im zweiten Block wurde die Tschechische Republik fokussiert. Traditionelle Rollenvorstellungen setzten sich im Transformationsprozess ohne Gegenwehr durch, berichtete *Sasa Lienau* (Leiterin der Frauenorganisation proFem, Prag). Eine tschechische Frauenbewegung gäbe es trotz einiger Nichtregierungsorganisationen von Frauen nicht. *Hana Havelkova* (Universität Prag) betonte den gleichstellungspolitisch positiven Einfluss der EU. Gender Mainstreaming biete die Chance, feministische Inhalte „hineinzuschmuggeln“ und Kenntnisse über die kulturelle Konstruiertheit von Geschlechterrollen zu vermitteln. Ungarn wurde nur kurz gestreift; *Noémi Kiss* (Universität Miskole) berichtete über die derzeitige Blütezeit der Frauenliteratur, wobei deren Aufnahme in den literarischen Kanon bislang ausbliebe. Der nächste Block setzt sich mit der Situation von Frauen in Polen auseinander. *Bozena Choluj* (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/O.) berichtete über die Parlamentswahl im September 2005, aus der die national-konservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) als Sieger hervorgegangen ist. Der Frauenanteil im polnischen Parlament, dem Sejm, sank von 23% auf 19%. Choluj sieht die Gefahr einer weiteren Re-Traditionalisierung des Geschlechterverhältnisses und des Entstehens einer rechten, katholisch geprägten Frauenbewegung. *Beata Kozak* (Herausgeberin von „Zadra“, Krakau) referierte über die mediale Wahrnehmung von Frauen zwischen Opfer-Bild und skandalösen Sensationen.

Auf der abschließenden Podiumsdiskussion über Erfahrungen von Frauen auf dem Weg in die EU und Erwartungen in Ost und West beschrieb *Ines Geipel* (Hochschule für Schauspielkunst, Berlin) den östlichen Teil Deutschlands als „Gesellschaftswüste“, weil aktive Frauen fehlten bzw. gen Westen zögen. *Elisabeth de Sotelo* (Universität Koblenz-

Landau) nahm den ambivalenten spanischen Transformationsprozess in den Blick, bei dem der Einfluss der katholischen Kirche auf die Gesellschaftsbeziehungen überschätzt würde. In Polen dagegen sei die katholische Kirche stark, weil sie im Kommunismus Teil der Opposition war, führte Choluj aus. Demgegenüber sei die tschechische Gesellschaft wenig religiös, was sich Havelkova zufolge etwa am liberalen Abtreibungsrecht zeige. Länderspezifische Unterschiede existierten auch hinsichtlich der Mutterideologie. Choluj plädierte daher dafür, das Ost-West-Denken aufzugeben. Die Beschäftigung mit den Problemen europäischer Frauen zeige die „Gleichzeitigkeit des Ungleich-

zeitigen“, die Koexistenz von Modernisierung und Re-Traditionalisierung. Havelkova erinnerte daran, dass die gemeinsame kommunistische Erfahrung der MOE-Länder nur ein Teil der Geschichte eines jeden Landes sei. Um länderspezifische Unterschiede der Geschlechtsrollenvorstellungen zwischen den MOE-Staaten einerseits, sowie Gemeinsamkeiten zwischen einzelnen ost- und westeuropäischen Ländern andererseits zu verstehen, sei ein Denken in längeren Traditionslinien notwendig. Veil betonte den Gedanken der Vernetzung zwischen ost- und westeuropäischen Ländern, der auch von der neu gegründeten Stiftung gefördert werden solle.